

# Dresdner Volkszeitung

Verlagsort: Dresden.  
Haben & Comp., Nr. 20618.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Verlagsort: Dresden.  
Haben & Comp., Dresden.

Organpreis einschließlich Bringerlohn monatlich 2.00 M., durch die Post  
unverändertlich 18.00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich  
2.50 M. Nr. 11 Nummer 80 Pf.  
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25 281.  
Druckerei: nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
Verlagsort: Wettinerplatz 10. Tel. 25 281.  
Verlagszeit: von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9 spalten Nonpareilzeile 2.00 M., Familienanzeigen  
1.50 M., die 3 spalten Nonpareilzeile 6.50 M. Bei mehrmaliger Aufnahme  
mäßigung. Anzeigen sind im Voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur  
Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefverbreitung 80 Pf.

Nr. 256

Dresden, Mittwoch den 3. November 1920

31. Jahrg.

## Finanznot als Wahlköder

Die Deutsche Volkspartei hat ein als Nr. 1 bezeichnetes Wahlflugblatt

### zur Landtagswahl

herausgegeben, das in seiner Aufmachung von reichgefüllten Wahlkreisen zeugt. Das kann nicht überraschen. Ist diese Partei doch hervorgegangen aus dem

Fabrikantenflügel der früheren Nationalliberalen.

Daraus ergibt sich ohne weiteres als besondere Aufgabe der Deutschen Volkspartei, sich der Großkapitalisten anzunehmen und für den Profit in der freien Wirtschaft besorgt zu sein.

Jetzt geht sie in dem genannten Flugblatt mit der Finanznot des Landes auf den Wählerfang. Die rapid gewachsenen Ausgaben, die Fehlbeträge der Staatsbetriebe, die sich angewachsenen Staatsschulden — alles wird gestiftetlich zusammengestellt. Deshalb? Es soll so die Meinung erweckt werden, die sozialistisch-demokratische Regierung und die Volkskammermehrheit habe das alles verschuldet. Wer aus der ruinösen Finanzlemme heraus wolle, der müsse die deutschvölkische Partei wählen.

Tiefse Partei hat aber die Politik der Kriegsverlängerung mitgemacht, sie hat am meisten gejubelt, als alle Versuche,

einen Verständigungsfrieden herbeizuführen, scheiterten. Sie hat es so mit zu verantworten, daß wir auch finanziell auf äußerste ausgepumpt worden sind.

Die sächsische Finanznot wie die wirtschaftliche Erschöpfung sind die Folgen dieser Politik.

Diese Großkapitalistenpartei hat zuletzt ein Recht, mit der Finanznot zu operieren. Als Sachsen in schlimmer finanzieller Bedrängnis verfiel, in seinem Lande eine Anleihe unterzubringen, ist es von den

Großkapitalisten kaischnäuzig im Stiche gelassen worden.

Sie zeichnen nicht, weil sie sich keinen besondern Gewinn davon versprechen. Dadurch ist Sachsens Finanznot noch mehr gesteigert und so dazu verurteilt worden, viele Millionen schwebender Schulden aufzunehmen.

Und jetzt gehen dieselben Leute mit diesen Schulden unter Vorwürfen auf die Regierung freiben.

Das wollen wir uns merken. Wie der Staat im Stiche gelassen wurde, als er in finanzieller Bedrängnis auf die Großkapitalisten baute, so würde das Volk verraten und verlassen sein, wenn es sich von dieser Partei zur Landtagswahl fördern ließe.

## Unternehmer und Sozialisierung

Mit Hochdruck wird jetzt im Unternehmerlager gegen die drohende Sozialisierung des Kohlenbergbaues gearbeitet. Überall, wo Vertreter des Großkapitals zusammenkommen, so z. B. auf dem Deutschen Bankiertag und in den Generalversammlungen der Aktiengesellschaften, werden Reden gegen die Sozialisierung gehalten, und das Schreckbild einer völligen Zerrüttung der deutschen Wirtschaft, die die Sozialisierung des Bergbaues zur Folge haben soll, wird an die Wand gemalt. Unter anderem hat auch Herr Hugo Stinnes im Vereinigten Ausschuss des Reichswirtschafts- und Reichskohlenrates eine Rede gehalten, in der er sich mit der Sozialisierungsfrage befahte. Er führte dort aus:

In der Wirtschaft geht der Impuls stets von ganz wenigen Personen aus. Schallen Sie diese aus (Jurist: Wir wollen Sie einschalten!), wenn Sie mich einschalten wollen, so bin ich in kurzer Zeit nichts mehr wert; wenn Sie mich in ein anderes Bild setzen wollen, so kann ich nichts mehr leisten. Ich will Ihnen etwas sagen: Als Privatmann kann ich der Sache wegen umsonst arbeiten, als daß ich arbeite als Angestellter für eine Vielzahl von Personen, die nichts von der Sache verstehen. (Jurist: Wenn Sie jetzt ein paar Leute fänden in Deutschland, die auf privatwirtschaftlicher Grundlage etwas die Kohlenbezugsstellen sind, die einen solchen Ueberbild über die Bedürfnisse der ganzen deutschen Volkswirtschaft haben, so daß Sie Ihre Aufgabe jetzt vorübergehend erfüllen könnten, so würde später die deutsche Wirtschaft mit diesen paar Leuten glücklich werden. Es gibt es nicht mehr in einem zentralistischen System.)

Wenn wir irgendwas ein großes neues Unternehmen schaffen wollen — ich rufe hier alle Herren aus der Unternehmerrichtung zum Vorkommen —, so stellen wir zwei Vorkommen: Erstens, wo ist der Mann, der es macht? Zweitens, wo sind die tüchtigen Arbeiter? Wenn man sie nicht beide findet, läßt man die Finger davon. Diese Leistung müssen wir auch in Zukunft haben. Sie müssen dem Unternehmer lassen, was der Unternehmer ist, die Führung, und Sie müssen dafür sorgen, daß die Arbeiterklasse möglichst große Gewinne, gutes Auskommen aus dem Unternehmen hat.

Es ist ein altes Fehertumskind der Verteidiger des Kapitalismus, es so darzustellen, als ob der Kampf der Sozialdemokratie sich gegen die Männer richte, die im Wirtschaftsleben an leitender Stelle tätig sind. Auch Herr Stinnes hat sich diese durch nichts gerechtfertigte Auffassung zu eigen gemacht. Immer wieder bekommen wir zu hören, daß die Sozialisierung deshalb schädlich wirken müßte, weil dadurch die „Initiative des Unternehmers“ lahmgelagert werde. Aber zum Unternehmertum gehören die verschiedensten Persönlichkeiten. Wir rechnen dazu sowohl den Leiter eines großen Industriebetriebes wie den Besitzer eines Abzählungskafés, der der Bevölkerung durch getriebene Reisende überflüssigen und geschmacklosen Schund auf den Markt bringt. Unternehmer ist sowohl der Mann, der vom frühen Morgen bis zum späten Abend tätig ist, um sein Geschäft weiter zu entwickeln, aber auch der Aktionär, der alljährlich seine Dividenden einsteckt, aber nicht einmal zu wissen braucht, wo sich seine Fabrik überhaupt befindet.

Der Aktionär ist eine wirtschaftliche Drohne, der ohne jede Schädigung der Produktion entbehrt werden könnte. Aber unter den Leuten, die eine leitende Stelle in unserer Industrie einnehmen, sind zweifellos Männer, deren Tätigkeit für unser Wirtschaftsleben nur schwer zu entbehren wäre, die Organisatoren großen Stils sind und die durch ihre Tätigkeit viel dazu beitragen, den wirtschaftlichen und technischen Fortschritt zu fördern. Aber neben ihnen finden wir viele Unternehmer, deren Tätigkeit für unsere Volkswirtschaft mehr schädlich als nützlich ist, die ihren Betrieb so lange wie möglich im alten Totz weiterführen und sich nur schwer zur Einführung wirtschaftlicher und technischer Fortschritte zur Einführung wirtschaftlicher und technischer Fortschritte entschließen. Sehr oft stehen in der kapitalistischen Gesellschaft Unternehmerinteressen im Gegensatz zu denen der Gesamtheit. Wir brauchen nur daran zu erinnern, wie sehr die gegenwärtige Krise durch die unerfütterliche Profitgier eines großen Teils unserer Fabrikanten und Kaufleute verschärft wurde, die ihr Heil in ungeheuren Preisen findend, es nicht rechtzeitig versuchten, durch billige Warenangebote die Kaufkraft der Bevölkerung wieder zu heben. Der Zweck der Sozialisierung ist es, den Profit zu beschränken und an die Stelle der kapitalistischen Anarchie eine planmäßige Wirtschaft zu setzen. Aber es ist nicht einzusehen, warum wir nach Durchführung der Sozialisierung auf die Tätigkeit hervorragender Wirtschaftsführer verzichten müßten. Wenn Stinnes es sich heute nicht denken kann, daß ein Mann von seinen Fähigkeiten statt im Dienste des Privatkapitals im Dienste der Allgemeinheit tätig ist, so liegt das daran, daß er zu tief in den überlieferten Anschauungen seiner Klasse steckt. Herr Stinnes spricht davon, daß er nicht für eine Vielzahl von Personen arbeiten wolle, die von der Sache nichts verstehen. Aber hat Herr Stinnes Scheuklappen vor den Augen? Vermag er nicht zu sehen, daß er auch heute für viele Personen arbeitet, die „von der Sache nichts verstehen“? Will er etwa behaupten, daß alle Aktionäre der Unternehmungen, an deren Leitung er beteiligt ist, Sachverständige in den Fragen der Eisenindustrie und des Kohlenbergbaues sind?

Die Herren vom Großkapital stellen es als eine unabänderliche Tatsache hin, daß es mit der Bewegungsfreiheit der Wirtschaftler vorbei sein müsse, wenn die Sozialisierung durchgeführt ist. Sie denken dabei stets an die Staats- und Gemeindebetriebe, die jetzt von dem Beamtenapparat verwaltet werden. Auch mit diesen Betrieben sind durchaus nicht überall schlechte Erfahrungen gemacht worden. Die verstaatlichten deutschen Eisenbahnen können sich neben

## Neue Putschgerüchte

Hamburg, 2. November. Das Hamburger Echo bringt heute morgen folgende Mitteilung:

„Was, was in Deutschland sich um das Hakenkreuz handelt, die Orgesch organisiert und sich sonst dazu bekennend, hält den Tag für gekommen, um einen neuen gewaltigen Putsch gegen die Republik zu unternehmen. Den Konarischen ist in der letzten Zeit der Kampf gewaltig geschwunden. Auf allen ihren Tagungen und Versammlungen verteilten sie recht deutlich über ihre frechen Absichten, ein Zeichen, daß das geheime Führen und Arbeiten seit der Revolution, Truppen sonstiger Organisationen zusammenzubringen, nicht ohne Erfolg gewesen ist. Bayern hat die Führung in diesem verbrecherischen Plan, aber von dort aus hat das Unternehmen sich über ganz Deutschland ausgebreitet, das in Bezirke eingeteilt ist. Jeder Bezirk hat seine bestimmten Aufgaben.“

### Am 5. November

„Nach den übereinstimmenden Nachrichten, die uns mit detaillierten Angaben zugehen, der Putsch versucht werden. Die nationalsozialistischen Anhänger werden jedoch ihre Rechnung ohne die Arbeiterschaft gemacht haben. Wie dem Rapp-Putsch, wird auch dem neuen Verbrechen von der Arbeiterschaft mit aller Entschlossenheit begegnet werden. Nur eines, das darf man jetzt schon sagen, wird sich diesmal ändern, die Arbeiterschaft wird die Verbrecher am Volk und an der Republik nicht wieder den bürgerlichen Behörden und Juristen zur Aburteilung überlassen, sondern sie wird selbst urteilen und die Urteile selbst vollziehen.“

Der Vorwärts bemerkt dazu: In der letzten Zeit gingen auch uns verschiedene Meldungen zu, in denen der 6. oder der 7. November als Tag des geplanten neuen Reichsputschs bezeichnet wurde. Die Regierung wird gut tun, diesen Gerüchten nachzugehen. Es ist nur zweierlei möglich: entweder ihnen liegen irgendwelche Tatsachen zugrunde, die möglicherweise übertrieben sein können, oder sie werden von irgend-einer interessierten Stelle zum Zweck der Intimidation ausgebreitet.

Pflicht der bürgerlichen, besonders der rechtsstehenden Presse schiene es uns, die ihr nahestehenden Kreise vor Unbesonnenheiten zu warnen, die dem deutschen Volk nach dem Urteil aller Denkfähigen doch nichts anderes bringen könnten als neue Verluste an Gut und Blut. Anstatt dessen führt ein Teil der Rechtspresse eine maßlos aufhebende Zeitung dem Genossen Scheidemann unterstellt, er wolle „die Diktatur der Straße“. Die Sozialdemokratie hat alles getan, was sie tun konnte, und tut noch, was sie kann, um die Entwicklung des Reiches, dem Volkswillen entsprechend, in geordneter Bahnen zu leiten. Gegen Versuche, diese Entwicklung verwerflich zu beeinflussen, wird sie ihren Mann stehen, wie sie ihn bisher stets gestanden hat.

Es ist möglich, daß Warnnachrichten über bevorstehende Putschversuche von den Putschisten oder von ihnen nahestehenden Kreisen selbst verbreitet werden, um sie ungläubig zu machen und so eine Stimmung der Vertrauenslosigkeit herbeizuführen, die ihren Plänen nützlich ist. Die arbeitenden Massen müssen daher stets auf dem Posten sein, damit ein Putsch wie der vom 13. März keine Wiederholung findet, oder, wenn er dennoch wiederholt werden sollte, genau dieselbe Abfuhr erfährt wie jener.

## Hardings Sieg

### Eigene Drahtmeldung

Berlin, 3. November. Über die amerikanische Präsidentschaftswahl meldet ein Reuterscher Juniorspruch der T. J., daß der republikanische Kandidat Harding mit überwältigender Mehrheit gegen den demokratischen Cox gewählt wurde. Bis Mittag waren von den insgesamt zu wählenden 530 Wahlmännern 194 für Harding und 117 für Cox gezählt. Weitere Meldungen besagten, daß Harding sowohl auf dem sächsischen Lande wie in den Städten die Mehrheit erhalten habe. In den beiden New Yorker Wahlbezirken, in denen die härteste Abgabe sozialistischer Stimmen zu erwarten war, ist Harding mit einer Majorität von 600 000 Stimmen gewählt worden. In 28 Staaten ist Harding mit einer durchschnittlichen Majorität von 2:1 aus den Wahlen hervorgegangen. Die Südstaaten scheinen sich allerdings für Cox ausgesprochen zu haben.

## Die russische Tragödie

Kopenhagen, 3. November. Der langste Abend wird aus Romo telegraphiert: Die Moskauer Zeitungen enthalten eine offizielle Mitteilung, daß die Sowjetregierung großen Vorbereitungen zu einer Konferenz in London, terroristischen Aktionen gegen die Sowjetregierung auf die Spur gekommen sei. Es heißt in der Mitteilung, die Regierung sei entschlossen, mit allen Mitteln das Sowjetregime zu verteidigen, und fordere alle Kommunisten auf, auf dem Boden zu sein. Die Rassenverhaftungen in der Stadt werden fortgesetzt. Sämtliche Mitglieder des General- und Marinekorps wurden verhaftet. Gleichzeitig wurden in Leningrad 3000 zaristische Offiziere interniert. Da mehrere Regimenter in Smolensk zu neuem Beginn, wurden alle aus Smolensk in Moskau eingetroffenen roten Truppen entwaffnet.

Trotsky hat nach der Verabschiedung in einer Versammlung in Petersburg erklärt: Wir ist bewußt, daß Hungernot bevorsteht, und ich bin ebenfalls vertraut mit den Gefahren, die die Winterkälte mit sich bringt. Die Bourgeoisie der ganzen Welt bereitet sich auf den Sieg vor. Wir aber wollen bewachen, daß sie sich irr. Wir müssen gegen uns selbst kämpfen. Selbst wenn auch drei Viertel der russischen Bevölkerung in Hunger und Kälte sterben sollte, werden die Ueberlebenden weiter leben zur Vorbereitung des Sieges der Weltrevolution.

## Meutereien in der polnischen Armee

Rom, 2. November. Zuverlässigen Nachrichten zufolge hat das 201. Regiment der Warschauer Division die Front verlassen und sich nach Polen zurückgezogen. Den Truppen werden eingerebet worden, daß sie die Volkswirtschaft aus dem Land treiben sollten. Da die Soldaten aber auf keine Volkswirtschaft ließen, weigerten sie sich, weiterzukämpfen. Die Wesener Regimenter haben gleichfalls mehrere Male Meutereiverbuche gemacht.

Die litauische Regierung leitete dem Völkerbund mit, daß die Feindseligkeiten in den Frontabschnitten, wo die Litauer mit polnischen Truppen, die von der polnischen Regierung als nicht aufständisch bezeichnet sind, zusammenstießen, eingestellt worden sind. Da an den anderen Fronten das litauische Heer ständig von neuem angegriffen wird, ist es gezwungen, sich ebenfalls mit Waffengewalt zu verteidigen.

## Ein polnisch-litauischer Geheimvertrag

Kopenhagen, 2. November. Aus Gelsingfors wird gemeldet, daß zwischen Polen und Litauen ein Geheimvertrag abgeschlossen wurde, der die Aufteilung Litauens unter die beiden genannten Länder zum Ziel hat. Der nördliche Teil Litauens einschließlich Schaulen soll Litauen zufallen. Den Rest erhält Polen. Dieser Plan wird von Frankreich unterstützt, das auf diese Weise Deutschland vollständig von Rußland abschneiden will. Polen wird demnach erhalten, das mit Polen durch einen neuen Korridor längs der Ostgrenze Ostpreußens verbunden werden soll.